

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
23. Juni 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunfel), Wilhelmstraße,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Gurtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Rüsten und Abrüsten. — Bevölkerungsprobleme. Von H. Fehlinger.
(Schluß.) — Eine dringend notwendige Auskunft. Von Luise Zieg.
— Politische Rundschau.
Notizenteil: Unterm Belagerungszustand. — Für den Frieden. —
Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenarbeit. —
Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenstimmrecht.

Rüsten und Abrüsten.

So schwer es ist, während der Dauer des Weltkriegs genau im einzelnen vorauszusagen, wie nach ihm die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sich gestalten werden, so kann man doch schon jetzt einige grundlegende Tatsachen ohne jeden Zweifel feststellen. Es ist zum Beispiel bereits heute Tatsache, daß mit der Annahme der neuesten, sechsten Kriegskreditvorlage, der die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion wie allen früheren ihre Zustimmung gegeben hat, die unmittelbaren Kosten des Krieges auf 52 Milliarden gestiegen sind. Vorausgesetzt sogar, daß dies die letzte Kreditvorlage wäre, ist damit eine Riesenschuldenlast des Reiches geschaffen. Zusammen mit der notwendigen Versorgung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer, wie den anderen zur Deckung der Kriegsschäden erforderlichen Ausgaben wird sie nach dem Friedensschluß die Aufbringung neuer Steuern im Betrag von vielen Milliarden jährlich unvermeidlich nach sich ziehen.

bleiben die heutigen Macht- und Klassenverhältnisse in den kriegführenden Ländern auch weiter fortbestehen, dann ist es nicht schwer zu erraten, daß die Hauptlast der Steuern, die sich aus dem Kriege überall ergeben werden, auf den breiten und geduldigen Rücken der arbeitenden Volksklassen abgewälzt wird. Wie die riesigen Kosten des Krieges, die für alle beteiligten Länder, und in hohem Maße auch für die neutralen Staaten insgesamt eine phantastische Summe ergeben dürften, aus indirekten Steuern aufgebracht werden sollen, das ist freilich eine Frage, vor der jedes bürgerliche Finanzgenie völlig ratlos steht. Die überraschend schnelle Laufbahn des Reichsschatzsekretärs Helfferich, der seinem Ressort eiligst den Rücken kehrte, nachdem er mehrere Kriegsanleihen und Steuerprojekte eingefädelt hatte, bestätigt deutlich, daß der bürgerliche Staat heute schon den durch den Weltkrieg aufgeworfenen Finanzproblemen gegenübersteht wie der bekannte Zauberlehrling, der die Geister rief. . . Auf jeden Fall aber müssen die Arbeiter — immer die Fortdauer der gegenwärtigen Klassenverhältnisse vorausgesetzt — mit aller Sicherheit in Deutschland so gut wie in anderen Staaten mit einer ganz außerordentlichen Steigerung der finanziellen Staatslasten rechnen.

Was sich als das dringendste Interesse der proletarischen Massen schon aus diesen rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ergibt, dürfte nach dem einfachen Einmaleins jedermann klar sein. Jeder weitere Tag, den der Weltkrieg dauert, wirkt natürlich ein neues Gewicht zu der Summe seiner Kosten und zu dem Verge von Lasten, die nach der Schlußrechnung den

Völkern aufgebürdet werden. Die Geltendmachung des klaren Willens der proletarischen Massen allerwärts für die rascheste Beendigung der gegenseitigen Vernichtung der Völker ist demnach die erste und durchgreifendste Maßnahme gegen die kommende Belastung. Außerdem ergibt sich aber für die Arbeiterschaft als dringende Aufgabe das elementare Abwehrmittel gegen Leuerung und öffentliche Lasten: das nachdrückliche Eintreten für ein Lohnniveau, das wenigstens zum Teil den unausbleiblichen wirtschaftlichen Druck von der anderen Seite her ausgleichen würde. Der gewerkschaftliche Kampf ist die erste Rettungsplanke der Arbeiterschaft in jeder Periode steigender Lebensmittelpreise und Steuern. Wie sieht es nun damit zurzeit aus?

Die jährliche Veröffentlichung des kaiserlichen Statistischen Amtes zeigt, daß die Lohnkämpfe im Reich, die gleich nach Ausbruch des Krieges von den Gewerkschaftsführern offiziell eingestellt wurden, im vergangenen Jahre noch mehr zurückgegangen sind, als dies 1914 der Fall war. Das Jahr 1915 weist die niedrigsten Beteiligungsziffern an Streiks und Aussperrungen auf seit Beginn der amtlichen Streikstatistik. Die Zahl der Streikenden betrug nämlich nur 11 639, die der Ausgesperrten 1227 Personen. Noch auffallender ist die kurze Dauer der Lohnkämpfe. Die offizielle Übersicht sagt darüber:

„Die 167 Arbeitskämpfe der sieben Kriegsmomente mit 14 950 beteiligten Arbeitern umfassen eine Gesamtdauer von 930 1/2 Tagen, es entfielen also durchschnittlich auf die einzelnen Arbeitskämpfe nur 5,57 Tage. Berechnet man die Dauer der Arbeitslosigkeit auf die einzelnen Streikenden beziehungsweise ausgesperrten Personen, so kommen auf jede Person nur 3,45 Streik- beziehungsweise Aussperrungstage, während im Durchschnitt des letzten Jahres vor dem Kriege auf die einzelnen an den Arbeitskämpfen beteiligten Personen 34,16 Tage entfielen. Dementsprechend ist auch die Rechnungsziffer, welche entsteht, indem man bei jeder Arbeitslosigkeit die Zahl der beteiligten Personen mit der Dauer der Arbeitslosigkeit vervielfacht, sehr gering; im ganzen sind es nur 51 601 verlorene Arbeitstage, die für die sieben Kriegsmomente auf diese Weise berechnet werden, während seit Beginn der Streikstatistik die niedrigste Rechnungsziffer der in einem Jahre verlorenen Arbeitstage 1 950 847 (im Jahre 1902) betrug. Der so berechnete Umfang der Arbeitslosigkeiten in den sieben Kriegsmomenten machte also nur 2,65 Prozent der niedrigsten Jahresziffer in den fünfzehn Jahren vor dem Kriege aus.“

Die gewerkschaftlich tätigen Genossinnen und Genossen denken vielfach: nach dem Kriege bricht die Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital auf der ganzen Linie mit um so größerer Wucht los. Allein sehen wir zu, ob auf der Gegenseite das Kapital auch geduldig und burgfriedlich auf die Zeit nach dem Kriege wartet, um seine Stellungen zu befestigen.

Lassen wir die offenkundigen Tatsachen beiseite, wie sehr der Krieg und seine lange Dauer selbst dazu führen, die Appetite und Bestrebungen der großkapitalistischen Industrie und des Handels zu befriedigen. Die Geschichte der Lebensmittelversorgung, die dank der Kriegslieferungen gezahlten Dividenden reden eine deutliche Sprache. Aber auch die innere

Rüstung des Kapitals, der Ausbau seiner sozialen Macht über die Arbeiterschaft, macht während des Krieges zusehends ungeheure Fortschritte. Der Krieg, wie jede große soziale Krise, erschlägt die schwachen Kapitale und kräftigt die starken. Er fördert die Konzentration des Kapitals. Nach dem Kriege wird der Arbeiterschaft ein gewaltiger zusammengeballtes, stärker verzahntes und besser ausgerüstetes Kapital gegenüberstehen. Was das für die soziale Lage der Arbeiter bedeutet, das sehen und sprechen schon heute klar aus — zwar bei weitem nicht alle Gewerkschaftsführer des Proletariats, wohl aber die Organe der Kapitalistenklasse selbst. Ein rein kapitalistisches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, schrieb in ihrer Nummer vom 3. Juni:

„Der Krieg konzentriert den Kapitalbesitz in einer relativ kleineren Zahl von Händen. Das ist das eine. Das zweite aber, was vielleicht noch viel folgenschwerer sein wird, ist, daß der Krieg die Tendenz beschleunigt, das Kommando über das Kapital und damit auch über die Arbeit bei einer allmählich immer kleiner werdenden Zahl von leitenden Personen und Stellen zusammenzuführen. — Er beschleunigt die Tendenz zum Großbetrieb, zur Fusionierung, zur Kartellierung, zur Monopolisierung.“

Das wird an der Hand des eben jetzt vollzogenen Zusammenschlusses der gesamten chemischen Industrie Deutschlands zu einer gewaltigen, im Reiche einzig dastehenden Monopolsmacht geschildert und daraus der Schluß gezogen:

„Was derartige großkapitalistische Monopole zu einer ersten volkswirtschaftlichen und sozialen Gefahr und damit zu einer der schwersten und dringendsten — von Regierung und Volksvertretung in Deutschland allerdings bisher in ihrer schweren Dringlichkeit durchaus nicht erkannten — staatspolitischen Aufgaben macht, ist die Ausschaltung jeder Gewerbefreiheit, die soziale Übermacht über Angestellte und Arbeiter, die unumschränkte Herrschaft über die Verarbeiter und Verbraucher der monopolisierten Erzeugnisse und die Möglichkeit zur rücksichtslosen Ausnutzung dieser Herrschaft.“

Selbst Kapitalistenblätter sprechen also schon von der Gefahr, die der Arbeiterschaft aus den heutigen Rüstungen des Kapitals in allernächster Zukunft droht. Das Kapital führt Krieg, geht auf Eroberungen aus, rüstet gegen die Arbeiter... Und die Arbeiterrüstungen, die Gewerkschaften? Die offizielle Streikstatistik gibt die Antwort: die Arbeiter rüsten ab. Lassalle sagte einmal in einer Rede vor den Arbeitern: „Die Bourgeoisie hat viel bessere Diener als Sie, meine Herren.“ Mit den „Dienern“ meinte er die politischen und wirtschaftlichen Führer.

Bevölkerungsprobleme.

Von Hans Fehlinger.

(Schluß.)

Vor dem Kriege bestand ein erheblicher Frauenüberschuß bloß in den höheren Altersklassen, die für die Fortpflanzung nur ausnahmsweise in Betracht kommen. Aber der Krieg hat viele weibliche Personen der jüngeren Altersklassen überzählig gemacht; sie können nicht heiraten oder wieder heiraten, weil die Zahl der Männer gerade im Alter der ausgiebigsten Fortpflanzung zu gering sein wird. Die außerordentliche Geburtenzahl dieser übrigbleibenden weiblichen Personen wird aller Voraussicht nach klein sein.

Es kommt noch hinzu, daß die gewerbliche Arbeit für manche unverheiratete Mädchen zum Anlaß wird, der Verehelichung und Fortpflanzung möglichst aus dem Wege zu gehen. Sie wollen mit Recht das Maß der Selbständigkeit und Freiheit, die sie als ledige Arbeiterinnen genießen, nicht mit der Abhängigkeit vom Ehemann und mit der dreifachen Last der proletarischen Hausfrau, Mutter und Erwerbstätigen vertauschen.

Wahrscheinlich ist ferner, daß ein erheblicher Teil der zurückkehrenden Krieger, sofern sie Überanstrengungen, Entbehrungen und Leiden in außergewöhnlichem Maße ausgestanden haben, vermindert fortpflanzungsfähig oder ganz

fortpflanzungsunfähig sein werden, da solche Überanstrengungen usw. nach allen bisherigen Erfahrungen das Keimplasma sehr ungünstig beeinflussen, ja seine Funktionsfähigkeit häufig aufheben. Bemerkungen über mangelndes Bedürfnis nach sexuellem Verkehr hört man von den lange Zeit an der Front befindlichen Soldaten gar nicht selten.

Alle diese Tatsachen werden sich im Sinne einer Abnahme der Geburtenziffer geltend machen. Diese Abnahme durch einen weiteren Rückgang der Sterblichkeit auszugleichen und so das frühere Maß der Bevölkerungsvermehrung wieder zu erzielen, scheint ganz und gar ausgeschlossen zu sein. Im Gegenteil! Der Krieg hat nicht nur unmittelbar, sondern auch mittelbar den Rückgang der Sterblichkeitsziffer zum Stillstand gebracht, sogar erhöht. Der Rückgang der Sterbeziffer männlicher Personen in Berlin von 16 501 im Jahre 1914 auf 14 692 im Jahre 1915 oder um 11 Prozent ist nur scheinbar. Man muß beachten, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Männer durch die Einberufungen aus Berlin abwesend war. Die Abnahme der Sterbefälle steht in keinem Verhältnis zu der Abnahme der Zahl männlicher Personen. Die Sterbeziffer hat also in Wirklichkeit nicht abgenommen. Wollte man gar die Zahl der im Schützengraben oder an den Folgen des Kriegsdienstes verstorbenen männlichen Berliner hinzuzählen, so wäre die Sterbeziffer natürlich gewaltig emporgeschnellt.

Die Zahl der Sterbefälle der weiblichen Personen nahm in Berlin von 15 247 1914 auf 14 951 1915 ab, also um 296 oder nicht ganz 2 Prozent, während die Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung in geringfügigem Maße zunahm.

In München betrug die Gesamtzahl der Sterbefälle vom Januar bis November 1914 8694 und 1915 8635 (um 59 weniger, obwohl auch hier zweifellos ein sehr starker Rückgang der Einwohnerzahl eingetreten ist). Auf das männliche Geschlecht trafen in der elfmonatigen Periode 1914 4432 und 1915 4496 Sterbefälle. In dieser Stadt hat sich also die männliche Sterblichkeit — trotz Verminderung der männlichen Bevölkerung — sogar erhöht. Die Säuglingssterblichkeit nahm von 1683 1914 auf 1425 1915 ab (um 15 Prozent). Im Vergleich zur Geburtenzahl, die um 28,4 Prozent abnahm, hat die Zahl der Säuglingssterbefälle zugenommen.

Ist diese Verschlechterung der Sterblichkeitsverhältnisse nur eine vorübergehende Kriegsfolge? Zum Teil gewiß. Andererseits ist zu bedenken, daß unter den vielen Kriegsinvaliden und sonst durch die andauernden Strapazen Geschwächten auf viele Jahre hinaus sich eine erhöhte Sterblichkeit bemerkbar machen wird. Die Aussichten für die Zeit nach dem Kriege sind also folgende: steigender Geburtenrückgang aus wirtschaftlichen und gesundheitslichen Gründen, steigende Säuglingssterblichkeit, weil eine steigende Anzahl Mütter ihre Kleinen nicht richtig betreuen können, hohe Sterblichkeitsziffer und geringere Zeugungsfähigkeit in der männlichen Bevölkerung.

Was soll hiergegen geschehen? Eine gründliche Abhilfe aller wirtschaftlichen, sozialen und hygienischen Mißstände ist das einzige Mittel zur Hebung des Volkswohlstandes und damit auch der Geburtenzahl. Ist eine solche vom heutigen Staat zu erwarten? Was ist bisher geschehen und was plant man für die Zukunft? Ein Blick auf die Vorschläge bürgerlicher Volkswirtschaftler und Hygieniker beweist, daß bis jetzt an irgendeine durchgreifende Maßnahme nicht gedacht wird. Um so vielfältiger und bunter ist die Liste der vorgeschlagenen Mittel und Mittelchen. Da der Vorschlag einer wirtschaftlichen Begünstigung kinderreicher Familien, etwa durch Gewährung ausgiebiger Steuernachlässe. Aber wir treten ja erst ein in die Periode unerhört großer neuer Steuervorlagen. Dort wird vorgeschlagen die allmähliche Erhebung der indirekten Steuern, die die unbemittelten, kinderreichen Familien am härtesten treffen, durch direkte. Der Vorschlag ließe sich hören — aber wer ist es, der für ihn eintritt? Die Regierung etwa, die gerade jetzt mit neuen indirekten Steuern hervortritt?

Die ausschlaggebenden bürgerlichen Parteien, denen jede indirekte Steuer lieber ist als eine direkte? Und außerdem eine Steuererleichterung wird nie die Kosten decken noch die Zeit und wirtschaftliche Wohlfahrt schaffen, deren die Aufzucht gejunger Kinder bedarf.

Als besonders raffiniertes Mittelchen wird die oft besprochene Junggefellenssteuer gepriesen. Aber eine formale Ehe ist noch lange nicht gleichbedeutend mit Kinderreichtum. Natürlich ist eine weitergehende staatliche Unterstützung der schwangeren und Säugenden Mütter nicht zu verachten. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie muß energisch darum kämpfen. Aber das würde nur eine und keineswegs die wichtigste Quelle des Geburtenrückgangs und der Säuglingssterblichkeit verstopfen.

Auf eine sehr originelle Idee ist nun Professor Grotjahn gekommen, der die Einrichtung einer staatlichen Familienversicherung vorschlägt — manche bürgerliche Gelehrten halten ja die Versicherungen für das Allheilmittel in der sozialen Frage —, die Mittel der Versicherung sollen von den Unverheirateten sowie den kinderlosen und kinderarmen Ehepaaren aufgebracht werden. Aus dem so angesammelten Fonds sollen Ehepaaren mit einer gewissen Mindestzahl von Kindern (Grotjahn glaubt drei über fünf Jahre alte Kinder) Unterstützungen gezahlt werden.

Auf eine wieder ganz andere Idee ist Professor Ratorp verfallen. Er befürwortet die Sozialisierung des Familienlebens, darunter versteht er das Zusammenwohnen der Familien in Genossenschaftsverbänden („Nachbarschaftsgilden“) vor allem zu dem Zweck der gemeinsamen Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Kinder. Diese Organisationen, sagt Ratorp, dürften aber nicht isoliert stehen, sondern sie müßten verbunden sein mit Organisationen zu „gemeinsamer Wirtschaftsjorge (Konsumgenossenschaften) und mit täglichen Einrichtungen zu förderlicher Unterhaltung, Körperübung, Spiel, Bildungs- und Kunstpflege der Heranwachsenden und Erwachsenen. . . Damit würde erreicht, daß die gedachte Organisation, ohne äußeren Zwang, dennoch von selbst etwas vom obligatorischen Charakter annähme, indem der, der sich davon ausschloß, zugleich der wirtschaftlichen und Bildungsvorteile der gedachten Vereinigung sich berauben würde.“ Das planmäßige Zusammenarbeiten der einzelnen Familiengenossenschaften will Professor Ratorp von staatlichen Zentralstellen aus geleitet haben. Die Kräfte, welche diese Organisationen bedürfen, könnten nach dieses Gelehrten Ansicht gewonnen werden durch Einführung der weiblichen Dienstpflicht. (!) Gleichzeitig wäre das heutige Militärwesen zu einem System der sozialen (!) und nationalen (!) Erziehung umzugestalten, so daß es ebenfalls dem Aufbau eines gesunden Hauslebens des ganzen Volkes dienstbar gemacht werden könnte.

Der Kern dieses professoral patriotisch und moralisch zu rechtgestuhten Gedankens ist nicht ganz neu. In manchen Dangenossenschaften, Gartenstädten usw. ist er teilweise schon durchgeführt. Man versucht durch genossenschaftliche Einrichtungen die Hauswirtschaft zu entlasten, durch gemeinsame Kinderheime, Spielplätze usw. einen Teil der Erziehungslast der erwerbstätigen Mutter abzunehmen. Und sicher sind Kinderheime, Horte und dergleichen energisch zu fordern. Aber auch hier handelt es sich nur um eine Teilsforderung, eine einzelne Reform, die dem Übel durchaus noch nicht an die Wurzel geht.

Das ist das Bezeichnende an allen den angeführten Vorschlägen: ihnen fehlt jeder systematisch zusammenfassender Charakter. Es ist ein wahlloses Herumdoktern, ein Zum-Bestehen mehr oder weniger guter Einfälle, ein Tappen im Dunkeln. Kurzum, es ist sozialpolitische Quackalberei. Das Proletariat, das ein Interesse an gesundem, lebenskräftigem Nachwuchs hat, muß diesem Ragout zusammenhangloser Vorschläge sein wissenschaftlich begründetes, sozialistisch orientiertes Sozialreformprogramm energisch gegenüberstellen.

Eine dringend notwendige Auskunft.

Unter dieser Überschrift bespricht Genossin Wengels, Berlin, in Nr. 18 der „Gleichheit“ die Notwendigkeit einer Reichsfrauenkonferenz und fragt an, ob ich denn niemals die Einberufung einer solchen im Vorstand beantragt hätte.

Seit ungefähr zwölf Wochen bin ich krank und arbeitsunfähig, konnte also während dieser Zeit im Interesse der Frauenbewegung nichts unternehmen, — zu meinem größten Leidwesen. Vorher habe ich jedoch zweimal eine Konferenz angeregt und dringend befürwortet, leider ohne Erfolg. Es waren in der Hauptsache organisatorische Gründe, die von Mitgliedern des Vorstandes gegen meinen Vorschlag geltend gemacht wurden; auch hielt man, bei den tiefgehenden Differenzen in der Partei, die Einberufung einer Frauenkonferenz nicht für nützlich. Meine geltend gemachten Gegenstände konnten den Vorstand nicht umstimmen, ebensowenig die Anregungen, die aus dem Reiche kamen.

Wenn ich überlege, wie unter dem Kriegszustand mit der Pressezensur und der starken Einengung des Vereins- und Versammlungsrechts die Agitation und das innere Parteilieben erschwert werden, so müßte, meine ich, diese Tatsache allein genügen, um eine Zusammenkunft und Aussprache von Genossinnen aus allen Gegenden des Reiches als nötig und förderlich im Interesse der Gesamtpartei zu erweisen. Das um so mehr, da vielerorts die Genossinnen Parteiarbeiten übernommen haben, die vor dem Kriege von den jetzt im Felde befindlichen Genossen geleistet wurden. Die Frauen stehen diesen Dingen meistens als Neulinge gegenüber, die sich erst einarbeiten sollen, und zwar unter den weit schwierigeren Verhältnissen des Kriegszustandes. Dabei wäre ihnen eine Aussprache und der Austausch der gemachten Erfahrungen sicherlich eine große Erleichterung, Hilfe und Stütze gewesen.

Die Einberufung einer Konferenz hätte gerade unter diesen Umständen eine hohe agitatorische Wirkung ausgelöst weil sie von den Genossinnen als ein Appell an ihr Persönlichkeitsbewußtsein empfunden worden wäre. Das würde ihre Arbeitsfreudigkeit belebt, ihren Eifer angespornt, ihre Herzen warm gemacht haben durch das Gefühl: die Partei schätzt unsere Mitarbeit, unser gutes, großes Wollen, unsern Fleiß; sie will uns das zeigen, indem sie uns in schwerer Zeit aufruft zu einer gemeinsamen Beratung, in der wir Anregungen von der Parteileitung und voneinander empfangen und unter uns austauschen können zum Nutzen für unser Wirken im Dienste des Sozialismus.

Ein solch stolzes Bewußtsein: nicht nur als Objekt der Bewegung gewürdigt zu werden, sondern als lebendige Kraft, als selbständig schaffendes Glied des Ganzen, ist etwas ungemein Wertvolles. Es kann gerade für unsere Bewegung nicht hoch genug eingeschätzt werden, die so unendlich viel Idealismus und Begeisterungsfähigkeit braucht. Die große Zahl der weiblichen Parteimitglieder bekommt doppelten und dreifachen Wert, je mehr sie durchglüht ist von unserer sozialistischen Ideenwelt und je fester das stolze und glückselig machende Bewußtsein des Verbundenseins mit der Gesamtbewegung und der Wertschätzung durch sie alle erfährt und zur tätigen Kraft für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale wird.

Außer all den praktischen Anregungen für die tägliche Arbeit, als Hilfsmittel zur Überwindung der mannigfachen Hemmnisse in der Gegenwart hätten wir als Ergebnis der Konferenz also auch einen großen moralischen Gewinn buchen können. Unsere Bewegung hätte neue Impulse erhalten, und die Mitwirkung unserer Genossinnen wäre lebendiger und inhaltsvoller geworden.

Wenn ich mit lebhafter Sympathie und warmer Anteilnahme die Tätigkeit unserer österreichischen Genossinnen verfolgte, die seit Kriegsdauer schon mehrere Reichskonferenzen abgehalten haben — abgesehen von den zahlreichen Landeskonferenzen — und im Anschluß daran jedesmal eine von der

Gesamtpartei eifrig unterstützte erfolgreiche Agitation entfalteten: so hat es mich mit tiefer Bitterkeit erfüllt, daß ich mit gebundenen Händen dastehe und so viel unverbrauchten Idealismus, so große Arbeitsfreudigkeit unserer Genossinnen ungenutzt lassen muß.

Man vergegenwärtige sich auch die folgenden Umstände. Die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit macht unstreitig die Erfüllung der proletarischen Frauen mit sozialistischer Erkenntnis, macht ihre Einreihung in die Organisation zu einer der dringlichsten Aufgaben der Partei. Die wichtigsten Probleme der wachsenden Frauenerwerbsarbeit, der politischen Frauenrechte, der Mutterschaftsfürsorge, des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes, der Erziehungsfragen und vieles anderes mehr muß notwendigerweise in den Vordergrund der Diskussion gerückt werden. Die Genossinnen, durchglüht von Friedenssehnsucht und schwer bedrückt von den vielerlei Nöten des Krieges haben das starke und wachsende Bedürfnis nach einer Aussprache. Wie segensreich müßte da eine Frauenkonferenz wirken!

Gewiß, in allen vom Parteivorstand verschickten Zirkularen, die Agitation betreffend, ist wieder und wieder nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Agitation besonders auch unter den Frauen hingewiesen worden wie auch auf die Heranziehung der Genossinnen zur Mitarbeit für die Partei. Ich habe mich bemüht, durch briefliche Anregungen fördernd zu wirken, durch Petitionen an den Reichstag den Wünschen der Genossinnen Ausdruck zu geben, durch Artikel für die Presse und durch Broschüren Material für die Agitation zu liefern. Jedoch das alles ersetzt nicht die persönliche Aussprache, beides sollte sich vielmehr ergänzen und gegenseitig wirksamer machen.

Eine persönliche Aussprache, besonders in einer so bewegten Zeit wie die gegenwärtige, ist nicht durch schriftliche Anweisungen zu ersetzen, bei denen ja immer nur Anregungen von oben gegeben werden, nie die Genossinnen des Reiches zu Worte kommen. Auch Bezirkskonferenzen, von denen übrigens in der Kriegszeit nur drei stattgefunden haben, können eine Reichskonferenz nicht überflüssig machen, die einen einheitlichen Charakter in die ganze Agitation bringen soll.

Etwas organisatorische Schwierigkeiten bei der Einberufung einer Konferenz: wie die Wahlen vorzunehmen seien, wie stark die einzelnen Bezirke vertreten sein sollen und anderes, auch andere hier oder da erhobene Einwände hätten bei etwas gutem Willen spielend überwunden werden können.

Gewiß hätten auch die tiefgehenden Differenzen in der Partei in den Debatten der Konferenz ein Echo gefunden. Das Gegenteil wäre schlimm und sicher kein Zeugnis politischer Reife für unsere Genossinnen. Aber ist das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten ein Grund, eine nötige Aussprache zu unterlassen? Meiner Ansicht nach ganz und gar nicht. Was uns allen das Herz bewegt und all unser Denken gefangen nimmt, ist die Sorge um die Zukunft unserer Partei. Die Auseinandersetzungen über die politische Taktik und die Theorie unserer Bewegung sollen und dürfen kein „Kräutlein Nüchtrichnichten“ für die Genossinnen sein. Diese müssen vielmehr mit der ganzen Blut ihrer Seele und der Kraft ihrer Erkenntnis teilnehmen an den Parteidiskussionen, an den Beschlußfassungen in den Organisationen, um als vollwertige Mitglieder die Zukunft unserer Bewegung mitzubestimmen. Dabei ist mir sehr wohl bekannt, daß unter den Genossinnen keine einheitliche Auffassung über die Parteikrise vorhanden ist; auch sie sind in Gruppen gespalten. Bei einer Diskussion über all die unstrittenen Fragen hätte ich also keineswegs die Konferenz geschlossen hinter mir. Ich wäre jedoch eine sehr schlechte Vertreterin der Genossinnen im Vorstand, wenn nicht das schreden und veranlassen würde, einer Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen. So heiß ich natürlich im innersten Herzen wünsche, daß alle Genossinnen mit mir den Minderheitsstandpunkt teilen möchten, und so tief ich von der Richtigkeit meiner Auffassung durch-

drungen bin, so wertvoll halte ich jede sachliche Diskussion über die strittigen Fragen im Interesse der Klärung, die allein die Vorbedingung ist für die Wiederherstellung der Einheitlichkeit der Auffassung und der Aktionen. Die Überzeugung von der Unanfechtbarkeit und Richtigkeit der grundsätzlichen Auffassung der Minderheit, das Vertrauen zu der Macht unserer Gründe gibt mir die Gewißheit, daß jede sachliche Aussprache der Partei nur nützen kann, sie würde die Erkenntnis unserer Genossinnen sicherlich vertiefen.

Trotz allem bin ich keineswegs der Meinung, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die Parteidifferenzen die Konferenz überwuchert hätte und daß für die Agitation nichts Ersprießliches herausgekommen wäre. Ganz gewiß nicht! Recht viele der Genossinnen wären mit Wünschen, Fragen und Vorschlägen der verschiedensten Art gekommen, um für die praktische Tagesarbeit Förderndes heimzubringen. Eine wenn auch kurze Besprechung der oben angeführten Probleme hätte eine Fülle von Anregungen für die praktische Arbeit und für die theoretische Beurteilung dieser Dinge gebracht. Just die Anwendung unserer theoretischen Erkenntnis bei der Inangriffnahme praktischer Arbeit hat sich noch stets als besonders fruchtbar und erfolgreich erwiesen. Das würde sich auch auf der Frauenkonferenz gezeigt haben. Im Hinblick auf das alles bedaure ich es um so tiefer, daß ich mit meinen Vorschlägen im Vorstand in der Minorität geblieben bin. Ich nehme es der Genossin Wengels deshalb auch durchaus nicht übel, daß sie ihrem Bedauern und ihrem Arger über das Ausbleiben einer Konferenz Ausdruck gegeben hat. Ich bin überzeugt, daß die Tüchtigsten unserer Genossinnen ähnlich wie sie denken.

Luise Zieg.

Politische Rundschau.

Die Zensurbekanntgaben im Reichstag. Seit Ausbruch des Krieges und Verkündigung des Burgfriedens war es ziemlich friedlich zugegangen im Balltohaus am Kronprinzenufer. Die Regierung durfte zufrieden sein. Das Interesse an der „nationalen Verteidigung“ schloß ihren Kritikern den Mund, und auch in der sozialdemokratischen Fraktion fand sich außer dem einen Liebsknecht niemand, der den Machthabern ernstlich Unannehmlichkeiten bereitet hätte. Dafür sorgte ja schon die Mehrheit mit eiserner Faust. Im Lande draußen aber schufen Zensur und Belagerungszustand dieselbe Stille. Und es wurde noch stiller draußen, nachdem einmal der erste Kriegsausbruch vorüber war, nachdem die verfehlte Lebensmittelpolitik der Regierung ihre ernüchternde Wirkung übte, und nachdem die unabsehbare Dauer des allgemeinen Blutbads der Sehnsucht nach Frieden, nach Verträglichkeit, nach geordneter Kultur- und Erwerbsarbeit die Herzen geöffnet hatte.

Diese Stille trog aber. Sie war ja nicht freiwillig. Unter der Decke bildeten sich verschiedene Herde der Unzufriedenheit mit den maßgebenden politischen Stellen. Von der internationalen Friedensarbeit überzeugter Sozialdemokraten und ihrer grundsätzlichen Gegnerlichkeit gegen jeden Burgfrieden soll hier gar nicht geredet werden. Die Stimmen, die hier in Betracht kommen, wandten sich nicht gegen den Burgfrieden und nicht gegen den Belagerungszustand im allgemeinen. Sie murrierten nur über die sogenannten Auswüchse, über einzelne Schönheitsfehler und Mängel der Dinge. Dieses Murren fand sein parlamentarisches Echo in den verschiedenen Zensur- und Lebensmitteldebatten des Reichstags.

Natürlich blieb zunächst alles beim alten. Es ist eine alte Weisheit, daß man es nicht allen Leuten recht machen kann. Das wußte auch die Regierung. Sie brauchte übrigens nur jedesmal energisch auf den „Feind“ zu weisen, und die kritischen Stimmen verstummten. Der zusammenschließende Druck von außen war stärker als die zentrifugalen Tendenzen von innen. Niemand rügte einzelne Vorstöße der Sozialdemokratie, zumal ihrer radikalsten Vertreter, schärfer als die bürgerlichen Parteien des Zentrums und der Rechten. Im Interesse des Vaterlandes hatte man zu schweigen.

Mit der Zeit aber wandte sich das Blatt. Nicht nur die sozialdemokratische Minderheit fand den Mut zu tadeln, es erwachte eine starke Opposition gegen die Regierung gerade in jenen bürgerlichen Kreisen, die den einzig echten Patriotismus in Erbpacht zu besitzen sich den Anschein geben, in den Kreisen der Schwer- und Rüstungsindustrie, der Hochfinanz, des Junkertums. Das hatte seinen guten Grund. Je länger der Krieg dauerte, desto gebiete-

rischer heischte die Frage nach seinem wahren Zweck und Ziel eine deutliche Antwort. Der Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ mochte ja für die große, politisch ungeschulte, ökonomisch unselbständige Masse genügen, die eigentlichen Träger des kapitalistischen Systems in seiner höchstentwickelten, imperialistischen Form brauchten „reale Garantien“. Sie knüpften bei diesen Worten des Reichskanzlers an, um auf jede mögliche Weise die Regierung für ihre extremen Welt herrschaftsforderungen festzulegen, beziehungsweise sie in die gewünschte Bahn hineinzudrängen.

Hier aber gerieten sie in die Fuhangeln der Zensur und des Belagerungszustandes, die ihnen sonst ganz angenehm und nützlich erschienen sein mochten. Nach der Meinung der betreffenden Kreise schlug die Regierung einen tadelnswerten Mittelweg ein; es dünkte ihnen, daß sie sich allzusehr mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften anbederte, daß sie mehr im Fahrwasser der Handelswelt und der verarbeitenden Industrie schwamm, als das den Schwerindustriellen und Junkern lieb war. Und nun hatte diese Regierung gar die Keckheit, sie, die einzig wahren Patrioten, mit der Zensur zu behelligen! Das Auswärtige Amt, so raunte und tuschelte es, hatte seine Hand dabei im Spiele, von selbst hätten die militärischen Befehlshaber den imperialistischen Scharfmachern sicher kein Wein gestellt.

Die Fälle häuften sich. Als gar die Regierung in der U-Bootfrage eine verständige, nach Ansicht der extremen Kriegstreiber schlappe Haltung einnahm, als die Beschlagnahme der Petition des Herrn Dr. Dietrich Schäfer erfolgte, die man in Massenaufgabe verschickt hatte, als die Zensur gegen Artikel einschritt, die die „Stimmung im Volke heben“ sollten, als im Reichstag die konservativen und nationalliberalen Anträge zur U-Bootfrage unterdrückt wurden — da erkannten jene Kreise, wo ihr augenblicklich gefährlichster Gegner zu suchen sei. Nämlich nicht am weitesten links, in der ohnmächtigen, betwirrten und mindestens zur Hälfte sozialpatriotisch gewordenen Sozialdemokratie, sondern in einer Regierung, die nicht abgeneigt schien, einen Frieden zu schließen, der nach Ansicht der unentwegten Weltmachtspolitiker ein „vorzeitiger und fauler Frieden“ sein würde.

Die Nationalliberalen und die Rechtsparteien frondierten also. Und da es den Angehörigen der herrschenden Klassen selten an gesundem politischem Instinkt, an einem hohen Grade von Rücksichtslosigkeit und Energie fehlt, wo ihre Klasseninteressen in Frage kommen, so scheuten manche frondierenden Politiker auch nicht vor Mitteln zurück, die mit Bürgerfrieden und Belagerungszustand in striktem Widerspruch standen, wie das vom Reichskanzler in seiner Rede vom 5. Juni gekennzeichnete Pamphlet.

Der angehäufte Zündstoff kam zur Entladung in den Zensurdebatten der letzten Reichstagsitzung. Die Regierung und zumal der Reichskanzler wurden hier ganz offen gezüchtigt. Nun soll man aber nicht glauben, der Born der Herren aus dem konservativen und nationalliberalen Lager habe sich gegen die Zensur und den Belagerungszustand als Einrichtung gerichtet. Weit gefehlt. Alle ihre scharfen Anklagen gegen die gegenwärtige Handhabung der Zensur gipfelten in dem Nachweis, daß die Zensur das gar nicht aus eigenem Willen tue, sondern auf das Geheiß des Auswärtigen Amtes, im Auftrag also des Reichskanzlers. Gegen ihn und seine Politik ging der Angriff. Den Reichskanzler machten sie verantwortlich, daß die Schärfe der Zensur sich auch gegen die blinddraufgängerischen Welt herrschaftspolitiker wandle. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat denn auch erfreut als einzigen Erfolg der Rede des Genossen Dittmann konstatiert, er habe den bündigen Beweis erbracht, daß bei Erlass des Belagerungszustandsgesetzes von 1851 es dem Gesetzgeber ferngelegen habe, eine militärische Diktatur herbeiführen zu wollen. Vielmehr sollten die militärischen Befehlshaber gegenüber der Regierung und diese gegenüber dem Parlament die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit tragen.

In diesem einen Punkte, aber natürlich nur in diesem einen Punkte, berührten sich die Forderungen von rechts und links. Hier wie da wollte man, daß die militärischen Befehlshaber, soweit sie vollziehende Organe für Belagerungszustand und Zensur sind, dem Reichskanzler und dieser dem Reichstag verantwortlich sein müssen. Daß auch die Rechtsparteien diese Verantwortlichkeit wünschen, ist nicht etwa ein Beweis irgendwelchen Umernens in der Richtung der Demokratie. Es ist einfach der Ausdruck der Tatsache, daß die Herren sich stark genug fühlen, den ganzen Reichstag geistig zu beherrschen und durch ihn die Politik der Regierung und die Haltung der Zensur bestimmend zu beeinflussen.

Außer diesem Feuerüberfall aus Geschützen schwersten Kalibers, der von rechts kam, hatte die Regierung auch ein Schrapnellfeuer

von links zu bestehen. Es wird sie nicht sonderlich aufgeregt haben. Gewiß empfand sie manches unangenehm, was die Genossen Dittmann, Stadthagen und sogar Genosse Noske sagten im Hinblick auf die Stimmung im Volke und auf das Ausland. Besonders Genosse Dittmann hat die Zensur und die Praxis der Schutzhafte außerordentlich schwer belastet und als System grundsätzlich mit Wucht belämpft. Auch die Behandlung der „Gleichheit“, zumal ihrer Frauentagsnummer, hat er hierbei gebührend gekennzeichnet. Er hat beweiskräftig die Verfassungswidrigkeit des geltenden Zustandes dargelegt. Aber wie gesagt: im großen ganzen wird das alles die Regierung wenig aufgeregt haben. Denn wer steht hinter den Abgeordneten der Linksparteien? Die Massen der Kleinbürger und Proletarier. Diese Massen haben sich aber als außerordentlich unpolitisch, unaktiv und lenkbar bewiesen. Hinter Männern dagegen wie Ortel, Westarp, Sirosh, Stresemann steht eine ganz andere Macht, eine Macht, mit der sich nicht spaßen läßt. Man beachte nur den Ton und die Freimütigkeit, mit der rechtsstehende und nationalliberale Blätter die Zensurdebatten und die Haltung der Regierung zu kommentieren wagten. Hat sich doch die „Deutsche Tageszeitung“ zu folgendem Winke mit dem Raumpfahl vertiegt. Sie spricht von Kreisen, „auf die Rücksicht zu nehmen die Regierung allen Anlaß hat“. Und sie fährt fort: „Daß diese Kreise von der Entgegnung des Staatssekretärs des Innern, und zwar von ihrem Ton wie von ihrem Inhalt, nicht sonderlich angenehm berührt werden dürften, liegt auf der Hand. Abgeordneter Graf Westarp hob am Schlusse seiner Bemerkungen gegen Herrn Dr. Helfferich mit ungewöhnlichem Nachdruck hervor, daß die konservative Partei sich die Kritik der auswärtigen Politik vorbehalten müsse und bereit sei, die Verantwortung dafür zu tragen...“

Das ist eine stolze, selbstbewußte Sprache. Die konservativ-liberale „Tägliche Rundschau“ schreibt: „Nach wie vor, und nach diesem letzten Tage der Zensurdebatte erst recht, sind wir im Gegensatz zu Herrn Helfferich der Meinung, daß diese unzweideutige Aussprache über den Unfug und die Unhaltbarkeit unserer Zensurzustände ein wahrer Segen, eine wahre Gewissensreinigung der Nation bedeutet. Das Traurige dabei ist, daß eine solche Gewissensreinigung in solcher Zeit und solcher Sache notwendig wurde. Wer aber die Schuld trägt, das darf wohl als vor dem Forum der Geschichte endgültig festgestellt gelten. Verblüffend, daß, nach Herrn Helfferichs Reden zu schließen, in Regierungskreisen auch jetzt noch nicht erkannt ist, daß die Zensur, so wie sie bis jetzt war und ist, nur Krankheits Symptome unterdrücken, aber keinen Krankheitsstoff aus dem Körper der Nation ausscheiden kann. Im Gegenteil: sie hemmt die Ausscheidung, sie faulden Giftstoff an und verschlimmert vorhandene Übel, statt sie durch heilsame Förderung des geistigen Stoffwechsels sich auf dem natürlichsten Wege ausheilen zu lassen. Die Zensur, das haben wir doch nun schon oft genug erfahren, kann nur eine Weile hintanhalt, was sich dann, wie in dieser Zensurdebatte, mit um so stärker angestauter Heftigkeit an Kritik über die Regierung ergießt. Was jetzt über diese in stürmischen Sturzfluten hereinbricht, wogegen die Herren Helfferich und Jagow vergebens die Hände breiten, das hätte sich ohne die als Staubeden arbeitende Zensur in einem befruchtenden Wache verhältnismäßig geruhig verlaufen. ... Herr Helfferich glaubt es sich zum Verdienst rechnen zu dürfen, daß er „die Aussprache über die Steuerfragen nicht eingeschränkt“ hat. Das spricht Bände. So üppig ist der Wahn aufgewuchert, daß man alles, aber auch alles, in den Hirnen und Herzen der Nation totzensurieren lassen dürfe. Wie wäre es sonst möglich, daß Herr Helfferich überhaupt auf die Idee kommt, daß er sich und seine Kriegsnote steuerverlidarbeit ja ebenso gut wie etwa unsere ausmächtige Politik unter den dräuenden Schutze der Zensur säbels hätte stellen können? Aber das ist eine Kleinigkeit gewogen an dem Gesamtgewicht von schwersten Unannehmlichkeiten, die sich die Regierung an diesem Tage, einem wahrhaft schwarzen Tage für sie, zugezogen hat.“

Das hätte unsreiner einmal schreiben sollen! Und haben nicht dieselben Herren früher jeden Versuch von sozialdemokratischer Seite, auch andere, ebenso notwendige „Gewissensreinigungen“ vorzunehmen, als vaterlandsschädlich, ja landesverräterisch gebrandmarkt, ganz wie Herr Dr. Helfferich, und hat nicht derselbe Reichstag noch vor kurzem sein sichtbares Gewissen, den Genossen Diebmecht preisgegeben? Es war zum Fenster hinausgeredet, wenn Genosse Dittmann am Schluß seiner wirkungsvollen Rede ausgerechnet

diesen Reichstag auffordert, die Regierung zu zwingen, Verfassung und Gesetz wiederherzustellen. Die Regierung brauche die Zustimmung des Reichstags zu einer großen Steuervorlage, sie brauche keine Zustimmung zum Reichsbudget, sie brauche die Zustimmung zu einer neuen Kreditvorlage. Ob es noch stärkere Trümpfe für ein Parlament gäbe? Die Regierung müsse nachgeben. Sie könne nicht vor dem In- und Ausland das Obium auf sich laden, gerade jetzt den schwersten Konflikt mit dem Parlament heraufzubeschwören. Der Reichstag sei stark, wenn er stark sein wolle.

Aber der Reichstag will gar nicht stark sein. Die Rechtsparteien denken nicht daran, Zensur- und Belagerungszustand aufheben zu wollen, sie begehren nur mehr Ellenbogenfreiheit für die Annexionshebe. Die Linksparteien möchten wohl Zensur- und Belagerungszustand aufheben, aber sie fürchten die Konsequenzen, sie fühlen sich zu schwach, diese Konsequenzen zu ziehen. Auch der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft fehlt bis jetzt der Wille, für ihren Kampf jene Nachtmittel einzusetzen, die sich aus der besonderen Rolle ergeben, die in der Wirtschaft der Gesellschaft jene Klasse spielt, deren Interessen sie vertreten will. Kurzum, die Zensurbedebatten im Reichstag sind politisch zu bewerten als erfolgreicher Vorstoß der Rechtsparteien, um die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daß sie Erfolg hatten, beweist nicht zum mindesten der Ton und Inhalt der Kanzlerrede vom 5. Juni, die Flucht des Herrn v. Bethmann Hollweg in die Öffentlichkeit.

Notizenteil.

Unterm Belagerungszustand.

Verhaftungen in Leipzig. Am 16. Mai wurde Genosse Schumann, Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“, aus seiner Wohnung von einem Kriminalbeamten aufs Polizeiamt geholt. Dasselbe geschah mit den Genossen Worsdorf, Voigt und der Genossin Werther. Gegen Mittag wurden die Verhafteten wieder freigelassen. Einige Tage später, am 20. Mai, wurde Genosse Schumann nochmals auf das Polizeiamt geholt und festgehalten. Am 1. Juni erfolgte die Verhaftung des Genossen Langrod. Am 2. Juni wurde Genosse Schumann wieder entlassen. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ mitteilt, erfolgte seine Verhaftung unter dem Verdacht, Landesverrat durch Verbreitung von Schriften begangen zu haben, in denen zum Ungehorsam gegen Befehle und Verordnungen aufgereizt sein sollte. Der Oberreichsanwalt hat aber die Verfolgung wegen Landesverrats abgelehnt. Es bleibt also nur die Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Befehle und Verordnungen.

Für den Frieden.

Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten zur Frage der Militärkredite. Wie die „Sentinelle“ berichtet, hat eine vorläufige Abstimmung der Mitglieder der sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten über die „Kriegsbereitschaft“ stattgefunden. Danach wurde mit 11041 gegen 782 Stimmen der Beschluß angenommen, alle Vertreter der Partei auszuschließen, die für Militär- oder Marinekredite stimmen würden. Dieser Beschluß ist ein Renetikel für Genossen mit sozialpatriotischen Neigungen. Man erinnere sich dabei der unterschiedenen Antikriegsresolution der British Socialist Party an Oitern. Die Klärung und Gesundung in der sozialistischen Internationale schreitet auch außerhalb Deutschlands fort.

Keine Halbheit dulden die italienischen Genossen. Als neulich auf ihrer Besuchsreise in Italien russische Dumamitglieder auch Mailand berührten, beteiligten sich der sozialistische Bürgermeister und zwei Mitglieder der sozialistischen Stadtverwaltung an dem feierlichen Empfang. Sofort brachte der „Avanti“ einen scharfen Protest gegen dieses Verhalten. Die Italien bereisenden Dumamitglieder, so machte er geltend, gehören der Kriegspartei an. Das erste, was der sozialistische Bürgermeister diese Leute hätte fragen sollen, wäre gewesen, warum sie nicht dafür gesorgt hätten, daß ihre sozialistischen, in Sibirien schmachtenden Kameraden der Duma mitkommen konnten. — Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung des Mailänder Sozialistenvereins zur Sprache gebracht werden. Der „Avanti“ zweifelt nicht daran, daß die Genossen scharfe Maßregeln gegen Vorkommnisse der Art ergreifen werden. Sogar die Ausstoßung des Bürgermeisters Caldara aus der Partei und der Rücktritt der gesamten sozialistischen Stadtverwaltung werden als Möglichkeit ins Auge gefaßt.

Englische Friedenspropaganda. Wie der Turiner „Stampa“ aus London berichtet wird, hat die in London gegründete Friedensliga ein Bureau eröffnet und einen Friedensappell herausgegeben. Es wurden Druckschriften ausgesetzt, die zur Unterzeichnung einer Petition an die Regierung um Friedensschluß auffordern.

Französische Frauen für den Frieden. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte kürzlich die wichtigsten Stellen eines Flugblatts, das die französische Abteilung der „Frauendereinigung für einen dauernden Frieden“ unter dem Titel „Eine dringende Pflicht der Frauen“ in großer Auflage in ganz Frankreich verbreitet hat. Die Friedenspropaganda der genannten Frauendereinigung ist eine Frucht des seinerzeit in Haag abgehaltenen bürgerlichen Internationalen Frauenfriedenskongresses und war Gegenstand heftiger Erörterungen in der Pariser nationalistischen Presse, die auch die Konfiszierung des Flugblatts forderte. Das Flugblatt ist aus dem Geist des bürgerlichen Pazifismus geboren. Es fehlt ihm die geschichtliche Klarheit über die treibenden Kräfte und das Wesen des Weltkriegs, wie die sozialistische Auffassung gesellschaftlichen Lebens sie gibt. Allein es enthält im einzelnen sehr beachtenswerte Ausführungen, die unzweifelhaft auch für die Stimmung wachsender Bevölkerungsteile in Frankreich charakteristisch sind. Das Flugblatt lautet in seinen entscheidenden Teilen wie folgt:

„Seit einem Jahre mehrere Millionen Tote, mehrere Millionen unbekannter Todeskämpfe! Unter diesen Leichen sechshunderttausend der Unseren! Alle Nationen Europas dezimiert, zugrunde gerichtet. Und dies ist noch nicht alles. Denn diese Toten, diese Millionen sind nicht in jeder Nation die Erstbesten. Als wenn der Krieg seine Opfer wählen würde, so sind die, die er uns bis jetzt getötet hat, und die er uns noch täglich tötet, die Besten unter uns. Die ganze Kraft und der ganze Reichtum Frankreichs verfließen mit dem Blute der Franzosen. Wie viele gute Arbeiter fehlen schon! Die Arbeit der Vergangenheit — diese wertvolle Reserve des Landes — sie wird durch jede Kriegsstunde zunichte gemacht. Man kann sagen, daß Frankreich in fünfzig Tagen für sich selbst den Betrag der ihm im Jahre 1871 von Deutschland anferlegten Kriegsschuldigung von fünf Milliarden ausgibt. Alle fünfzig Tage fünf Milliarden!“

So sieht dieser Krieg aus, dessen Wohltaten man uns rühnte. Stellen wir zunächst fest, daß er sich von allen anderen Kriegen unterscheidet. Bis jetzt war die Hauptmasse der Völker dem Kriege ferngeblieben und nur der Zusammenprall einiger Armeen entschied über das Ergebnis. Zuerst einmal in der Weltgeschichte sind die Nationen als solche aufgeboten und aufeinander geworfen. Mehr als zwanzig Millionen Menschen, alte und junge, stehen sich gegenüber.

Die Nationen, die seit mehr als einem Jahre diesem Opfer zustimmen, glauben alle an die Gerechtigkeit und an die Heiligkeit ihrer Sache. Deshalb wiederholen sich auch allseits dieselben Reden: Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, Befreiung der Unterdrückten, Erreichung eines dauernden Friedens. Wie groß auch das Verbrechen einzelner Regierungen sein mag, es ist eine schmerzliche, aber höchst wichtige Tatsache, daß die Soldaten überall für die Existenz ihrer Nation zu kämpfen vermeinen. Daraus kann man sich die Tatsache erklären, daß alle Armeen, auch die früher nicht als wertvoll angesehenen, mit einem so beispiellosen Heldenmut kämpfen.

In einem solchen Kriege, wo alle Völker für ihr Leben kämpfen, folgen sich die Zusammenstöße fast auf denselben Stellungen und immer ohne Ergebnis. Die Geschichte kennt kein Beispiel einer solchen, fast unterschiedslosen Gleichheit der Waffen, einer solchen zu nichts führenden Kräftevergeudung. Durch die Gewalt kann keine Nation mehr siegen. In einem Kriege aller Vaterländer muß man ohne jede Einschränkung sagen, daß wenn man unter Sieg die absolute Niederlage des Gegners versteht, dieser ebenso wie eine Niederlage unmöglich geworden ist. Klein Volk kann siegen, aber auch keines kann besiegt werden. Und wenn man unter Sieg die Tatsache des Durchhaltens versteht, muß man zugeben, daß nach einem Kriegsjahr alle Völker siegreich sind und alle unbefiegbare erscheinen. Anstatt in der qualvollen Erwartung des Morgens zu leiden, möge unser Volk, indem es sich von jeder Beunruhigung wie von jedem vergeblichen Ehrgeiz freimacht, doch verstehen, daß es seit einem Jahre einen ungeheuren Sieg durch diesen unvorbereiteten, aber nicht zu erschütternden Widerstand errungen hat, der das Erstaaunen der Zukunft bilden wird. Ist aber nicht auch die Stunde gekommen, ehrlich einzusehen, daß dieser Krieg, der keinem vor ihm gleicht, auch nicht wie die früheren Kriege beendet werden kann? Gehören noch lange Monate der Agonie, um zu erkennen, daß er durch die Tapferkeit

der Kämpfenden ebenso wie durch die Verbollkommnung der Waffen dazu bestimmt ist, ohne Ergebnis zu bleiben?"

Das Flugblatt übt daran anschließend Kritik an den verschiedenen Parolen, mit denen man das französische Volk in den Krieg hebt. Was will man denn eigentlich? Etwa Eroberungen? Daran hat in Frankreich niemand ernstlich gedacht. Etwa die politische Zerteilung der Zentralmächte? Aber dann müßte man die Mittel aufzeigen, mit denen man so etwas vollbringen könnte, mit denen man ein Volk dazu bringen könnte, das neue Regime auch wirklich anzuerkennen. Rechnet man mit der Erschöpfung des Feindes? Aber läuft man damit nicht Gefahr, in dieselbe Lage zu geraten? Will man die Befreiung der unterdrückten Völker? Aber gibt es die etwa nur in Preußen und Österreich? Man spricht von einem dauernden Frieden. Glaubt man wirklich, daß der durch Waffen errungen und gesichert werden kann? Glaubt man wirklich, daß man durch den Krieg den Militarismus in Preußen und irgendwo anders zerstören wird, wie man ein Dorf zerstört? Und wie sieht's mit der Kriegsschädigung? Er ist einer der populärsten Kriegsziele. Aber nach fünfzehn Monaten betragen die Kriegsausgaben der Verbündeten 100 Milliarden. Um eine solche Last einem Volke aufzuerlegen, müßte man es reslos besiegen, wie weder Napoleon noch Cäsar jemals ein Volk besiegten. Der Aufruf gelangt von dieser Kritik aus zu der Schlußfolgerung, daß es neben dem Verbrechen eines vorzeitigen Friedens auch das Verbrechen eines zwecklos verlängerten Krieges gibt. Die Frauenvereinigung verlangt nicht, daß Frankreich um den Frieden bitte, wohl aber, daß er vorbereitet werde. Sie wünscht daher, daß alle Regierungen der Alliierten ihre Friedensbedingungen festsetzen und bekanntgeben, daß die Regierungen nicht von vornherein die Friedensbedingungen ablehnen, die, von welcher Seite immer, schon gekommen sind oder noch kommen werden, und drittens, daß die französische Regierung diese Friedensbedingungen der Kammer zur Prüfung und dadurch der Kontrolle der öffentlichen Meinung unterbreiten möge. Die Vereinigung hofft, daß durch diese „Tat der Vernunft“ die friedliche Verständigung zwischen kaltblütigen, zwischen vernünftigen Männern wieder wie eine menschliche Notwendigkeit, wie eine Hoffnung erscheinen möge. Die Vereinigung fordert die Frauen auf, die obengenannten Wünsche in ihren Kreisen zu verbreiten.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Das internationale Solidaritätsbewußtsein und der Friedenswille der englischen Genossinnen kommen in ihrer Betätigung und in dem Organ der „Liga für die Frauen der Arbeiterklasse“, „The Labour Woman“ (Die Proletarierin) klar zum Ausdruck. Innerhalb der „unabhängigen Arbeiterpartei“ und der Arbeiterbewegung im ganzen gehören gerade auch führende Genossinnen zu den energischsten und ausdauerndsten Kämpferinnen gegen den militärischen Dienstzwang, für die wirksame internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder, für einen sofortigen Friedensschluß, wie er den sozialistischen Grundsätzen entspricht. In den Frauenvereinigungen und Gruppen, die dem „Internationalen Frauenrat der Sozialistischen und Arbeiterorganisationen“ angeschlossen sind, wird eifrig die systematische Aufklärungsarbeit über die Ursachen und den Charakter des Weltkriegs fortgesetzt. Alles, was dabei den Genossinnen als ein Verschulden der Regierung des eigenen Landes erscheint, wird vom grundsätzlichen Standpunkt aus einer rückwärtslosen Kritik unterzogen. Die gleiche Kritik richtet sich auch gegen die unzulängliche soziale Fürsorge, die das Kriegsende der breitesten Massen lindern soll, wie gegen die Maßnahmen, die angeblich im Interesse der Landesverteidigung die alten politischen Freiheiten und Rechte des englischen Volkes beschränken. Es versteht sich, daß die englischen Genossinnen selbst alles tun, was in ihren Kräften steht, um der Not des arbeitenden Volkes, im besonderen aber der Not der Frauen und Kinder zu steuern. Sie suchen zu diesem Zwecke in allen Körperschaften, auf alle Einrichtungen Einfluß zu gewinnen, die der sozialen Fürsorge dienen. Sie gründen eigene Hilfs- und Aktionsausschüsse, streben nach selbständiger Vertretung in Komitees und Kommissionen, die von den Behörden oder auch von bürgerlichen Gruppen ins Leben gerufen werden, und lassen sich überall angelegen sein, in der Richtung ihren eigenen Forderungen die Dinge vorwärts zu treiben. Trotz dieser umfangreichen Betätigung vernachlässigen sie das theoretische und propagandistische Werk der Erziehung zur internationalen, sozialistischen Arbeiter-solidarität nicht. Umgekehrt: sie

widmen ihm fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit und Kraft. Mutvoll kämpfen sie gegen den verheerenden Jingoismus an, stellen sie seinen brutalen Losungen die Ideale des Völkerfriedens und der Völkerverbüderung entgegen. Namentlich bestreben sie sich auch auf die Mütter in der Arbeiterklasse einzuwirken, daß sie in ihren Kindern den chauvinistischen Geist mancher Schulen, Lehrer und Lehrerinnen nicht mächtig werden lassen, sondern ihr Heim zu einer Pflegestätte sozialistischen Geistes machen.

Frauenarbeit.

Frauenarbeit und wirtschaftliche Kämpfe in Frankreich. Aus einem etwas rosig gemalten Artikel der Vossler „Nationalzeitung“ über die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse in Frankreich entnehmen wir folgende Angaben:

„Die Frauen, die sich durch den plötzlichen Stillstand in der Moden-, Wäsche- und Kleiderindustrie großer Not ausgesetzt sahen, haben inzwischen ihr Los wesentlich verbessern können, auch die Heimarbeiterrinnen. Philanthropische Gesellschaften haben für sie zahlreiche Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Sehr viele Frauen werden heute in der Kriegswirtschaft beschäftigt; so arbeiten in St. Chamond gegenwärtig 2000 Arbeiterinnen, die früher in der Nestelfabrikation bei zehnstündiger Arbeitszeit auf einen Taglohn von 225 Franken kamen, heute nur acht Stunden und erhalten dafür einen Taglohn von 3 bis 4 Franken. Ende Juli 1915 waren bereits 45 000 Frauen in der Kriegswirtschaft beschäftigt; ihre Zahl ist inzwischen auf 120 000 gestiegen.“

Angesichts dieser Tatsachen braucht es nicht zu verwundern, daß in den französischen Arbeiterfamilien mancherorts ein bescheidener Wohlstand einzuziehen beginnt. Wenn der Gatte unter den Waffen steht, bezieht die Frau an Unterstützungsgeldern für sich 1,20 Franken und für jedes Kind 50 Centimes pro Tag. Da sie außerdem noch mit Naturalien regelrecht unterstützt wird und die Wohltaten des Moratoriums für Mietzins genießt, so kann eine tüchtige arbeitwillige Frau auch in dieser schweren Kriegszeit mit ihrer Familie ihr Auskommen finden, um so mehr, als zahlreiche wohltätige Institute mit weiteren Geld- und Naturalzuschüssen stets zur Hand sind.“

Daß der Pariser Korrespondent der Vossler „Nationalzeitung“, jedenfalls im Interesse der „heiligen Einheit“, die Verhältnisse viel zu günstig schildert, beweisen verschiedene umfangreiche und energisch durchgeführte Arbeiterinnenstreiks. Auch in Frankreich kommt ein „bescheidener Wohlstand“ nur in die Wohnungen eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft, der in der Rüstungsindustrie besonders gut beschäftigt ist. Der „bescheidene Wohlstand“ wird erworben durch überlange Arbeitszeit, durch schwere, den Frauenorganismus schädigende Arbeit, und nicht zuletzt durch die anerzogene, kaum noch menschenwürdige Anspruchslosigkeit mancher Frauen. In anderen Erwerbszweigen, zum Beispiel in der Schneiderei und Textilindustrie sind auch in Frankreich die Löhne und Arbeitsverhältnisse nicht besser, sondern infolge der Kriegsverhältnisse schlechter geworden als früher. Hier sehen denn auch die Frauen ein, daß nur durch den Kampf ihre Lage verbessert werden kann. So haben die Pariser Schneiderinnen vor einigen Wochen einen Lohnkampf siegreich durchgeschlagen. Ein Streik der Weberinnen wird aus Vienne, im Departement Isère gemeldet. Da die Unternehmer von Vienne den hundertfach berechtigten Forderungen der Arbeiterinnen nicht entsprechen wollten, legten diese auf einmal und einheitlich die Arbeit nieder. Auch hier ist zu erwarten, daß der Kampf mit vollem Erfolg endet. Daß sogar in der Munitionsindustrie nicht alles so rosig ist, wie der angeführte Artikel schildert, beweist folgender Umstand: Die sich häufenden Klagen der Arbeiterinnen haben den Unterstaatssekretär für Artillerie und Munition, Albert Thomas, veranlaßt, eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse zu veranstalten. Ein Beispiel, wie nötig und nützlich es ist, daß die Arbeiterinnen nicht alles stumm und geduldig hinnehmen. Wie überall, so haben auch in Frankreich die Arbeiterinnen ein Interesse daran, daß die schädliche Legende von ihrem „bescheidenen Wohlstand“ totgeschlagen wird, und daß sie sich geschlossen zum Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen stellen.

Die Frau als Wädlerin scheint der Krieg wieder in das allgemeine Wirtschaftsleben einzuführen. Die Londoner Wädernermeister erwägen die Frage, Frauen als Gehilfen einzustellen. Eine der größten Wädereien im Osten der Stadt ist bereits mit der Neuerung vorangegangen. Sie hat ausgebildete Vorarbeiterinnen angestellt, die sich auf die Kunst der Feigbereiung verstehen, die bisher als ein ausschließlich männliches Geschäft angesehen wurde. Und das

obgleich uns die Kulturgeschichte und die Völkerverkundung lehren, daß auf frühen, bestimmten Stufen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung das Backen wie das Mahlen und der Getreidebau zu dem Aufgabenkreis der Frau gehörte.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Reichsgesetzlichen Mutterschafts- und Säuglingschutz hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beim Etat für das Reichsamt des Innern zum Kapitel des Gesundheitsamts gefordert und vertreten. Sie brachte diese Resolution ein: „Der Reichstag wolle beschließen: die verbündelten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch Mutter- und Säuglingschutz sowie die Geburtshilfe allgemein reichsgesetzlich geregelt werden.“

Eine ähnliche, aber nicht so weitgehende Forderung erhob eine Resolution, die der Abgeordnete **Wassermann** mit einem Teil der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten zusammen einbrachte. Sie besagt: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, einen Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen, durch den die Leistungen der für die Kriegszeit eingerichteten Reichswochenhilfe zu Regelleistungen der Krankenversicherung gemacht werden.“

Auch das Zentrum ist für besseren Mutterschutz eingetreten. Das aber in Verbindung mit vielen anderen Reformwünschen und mit dem Hinweis auf das Ziel, dem Geburtenrückgang zu steuern. Es brachte die nachstehende Resolution ein: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Anträge Nr. 294 und 308 einem besonderen Ausschuss zu überweisen, mit dem Auftrag, neben den in den Anträgen angeregten Forderungen auch noch sonstige Maßnahmen in Gesetzgebung und Verwaltung (Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; Ausbau der Reichsversicherung der Beamtenbesoldung, des Wohnungsgeldzuschusses, der Hinterbliebenenfürsorge, der Steuergesetzgebung usw. im Sinne einer besonderen Berücksichtigung der kinderreichen Familien und anderes) vorzubereiten, die geeignet sind, dem bedrohlichen Geburtenrückgang entgegenzuwirken.“

Der Antrag des Zentrums hat leider zunächst die sozialistische Resolution zu Falle gebracht. Sie ist vom Genossen **Kunert** in einer trefflichen Rede begründet worden, mit deren Abdruck wir in folgender Nummer beginnen. Denn sie ist geeignet, dazu beizutragen, außerhalb des Reichstags eine Macht zu schaffen, die die Forderung des Mutter- und Säuglingschutzes eines Tages zum Siege führt. Diese Macht ist das Wissen, Wollen und Handeln der breitesten Frauenmassen, der Mütter des arbeitenden Volkes, die begreifen, daß sie ihre Kinder und um ihrer Kinder willen sich selbst gesund und stark an Leib und Seele erhalten müssen; der Mütter des arbeitenden Volkes, die ihrer Pflicht bewußt sind, in ihren Kindern die Zukunft vorzubereiten.

Frauenstimmrecht.

Vom Frauenwahlrecht in Schweden. Ein sehr beschränkter Kreis steuerzahlender Frauen in Schweden hat kürzlich wieder das Wahlrecht ausgeübt. Am 25. März haben die kommunalen Wahlen zu den Landstingen (Bezirksräten) stattgefunden, zu denen auch bestimmten kleinen Kategorien besitzender Frauen das Stimmrecht zusteht. Als Mitglieder dieser Körperschaften können jedoch Frauen nicht gewählt werden. Über die Beteiligung der Frauen an den Wahlen konnten wir noch nirgends Berichte finden. Von den 24 Lands- beziehungsweise Bezirkshauptmannschaften — Läne —, in die Schweden eingeteilt ist, haben 23 je ein Landsting zu wählen, der 24. Län, Kalmar, hat deren zwei. Die Landstinge sind Verwaltungskörperschaften, die für ihren Bezirk über Fragen des Handels-, Gewerbe- und Verkehrswezens, der öffentlichen Hygiene, der Schul- und Volkshilfe usw. zu befinden haben. Außerdem steht ihnen aber ein wichtiges politisches Recht zu. Zusammen mit den Bevollmächtigten der fünf größeren schwedischen Städte wählen die Landstinge die Mitglieder der Ersten Kammer des Reichstags. Da das Wahlrecht zu den Landstingen an die Steuerleistung gebunden ist und den ländlichen Großgrundbesitz stark begünstigt, hat die Erste Kammer ein ausgesprochen reaktionäres Gepräge. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie sich gegen die Einführung des Frauenwahlrechts sträubt, für die in der Zweiten Kammer die Ansichten nicht ungünstig sind.

Angeichts dieser Sachlage hatten die schwedischen Frauenstimmrechtsorganisationen beschlossen, die politische Macht der weiblichen Wahlberechtigten zu den Landstingen zu mobilisieren. Die letzte Konferenz dieser Vereinigungen im Januar beschloß,

daß die lokalen Frauenstimmrechtsgruppen alle Kandidaten zu den Landstingen zu befragen hätten, wie sie sich zur Einführung des politischen Frauenwahlrechts stellen. Ihre Antworten sollten in der Lokalpresse veröffentlicht und dann zusammengestellt werden. Zweck der Befragung war, die wahlberechtigten Frauen zu veranlassen, in die Landstinge nur Anhänger der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter zu entsenden und dadurch mittelbar eine frauenrechtsfreundliche Zusammensetzung der Ersten Kammer herbeizuführen. Mit welchem nächsten praktischen Erfolg, das steht dahin, eben weil die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten sehr klein ist und zum Teil gerade Frauen von starkkonservativer Gesinnung in sich begreift. Jedemfalls aber wird der eine große Gewinn zu buchen sein, daß die frauenrechtlerische Aktion Frauen und Männer gezwungen hat, sich mit der Frauenwahlrechtsfrage zu beschäftigen. Dabei erwachen die Geister, und der Wille der einzelnen wird zum Handeln für ein gemeinsames Ziel gestärkt. Das Wissen, Wollen und Handeln breiter Bevölkerungsmassen aber ist in jeder Beziehung eine treibende Macht.

Das Frauenstimmrecht in der Schweiz. In verschiedenen Kantonen der Schweiz besteht bereits das Wahlrecht und die Wählbarkeit der Frau zu gewissen Ämtern und Behörden. So gehören in der Stadt **Zürich** der **Schulpflege** 15 weibliche Mitglieder an, darunter 13 Genossinnen. Eine Genossin ist Mitglied der **Zentralschulpflege**. Die Frauen sind in **Zürich** auch in die **Gewerbegerichte** und **Armenbehörden** wählbar. Seit 1912 fungiert in **Zürich** ein weiblicher **Amtsvormund**. Im **Gesundheitsamt** sind **Wohnungsinspektorinnen** tätig, auch eine **Polizei-** und **Gewerbeinspektorin** hat **Zürich**, letztere ist nicht städtische, sondern kantonale, also staatliche Beamtin. Die **Kantone Basel Stadt** und **Luzern** haben ebenfalls **Gewerbeinspektorinnen**. Im **Kanton Tessin** sind die Frauen an Stelle der während der Saison abwesenden Männer in allen **Gemeindeangelegenheiten** stimmberechtigt. Die Frauen haben im **Kanton Wallis** das gesetzliche Stimmrecht für die **Gemeindearmenbehörden**. In den **Städten Neuenburg** und **Chaux-de-Fonds** besitzen die Frauen für die **Schul-** und **Armenbehörden** das aktive und passive Wahlrecht, ebenso im **Kanton Appenzell**. Im **Kanton Genéve** steht den Frauen das aktive und passive Wahlrecht für die **Gewerbegerichte** zu, in den **Kantonen Neuenburg, Genéve** und **Waadt** für die **kirchlichen Angelegenheiten**.

Kürzlich hat die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei einen Aufruf an die Parteigenossen veröffentlicht, der sie auffordert, für die Forderung des Frauenwahlrechts einzutreten. Die kantonalen Geschäftsleitungen sollen die nötigen Schritte tun, damit durch eine Revision der Verfassungen und Gesetze das Frauenwahlrecht eingeführt wird.

Im **Kantonsterrat von St. Gallen** ist bereits ein sozialdemokratischer Antrag anhängig auf Einführung des Frauenwahlrechts. Die Forderung dürfte für die **Schul-, Gemeinde- und Kirchenbehörden** verwirklicht werden. Im **Berner Kantonsrat** wird gegenwärtig ein neues **Gemeindegesetz** beraten, zu dem die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern in den Bestimmungen über das Wahlrecht stellte. Der Antrag wurde einer Kommission zur Prüfung bis zur zweiten Lesung der Gesetzesvorlage überwiesen.

Der Verband der Hausangestellten, Ortsgruppe
Hamburg, sucht zum 1. September eine erfahrene

Geschäftsführerin

die zugleich die Kassengeschäfte übernimmt und in allen agitatorischen und schriftlichen Arbeiten bewandert ist. Schriftliche Bewerbungen sind bis 8. Juli dieses Jahres unter „Bewerbung“ an das Bureau des Verbandes, Hamburg, Besenbinderhof 57 IV zu richten. Gehalt nach Übereinkunft.